

# Millionen aus Brüssel für mehr regionale Stärke

In der Leader-Region freut man sich über 31 bewilligte Projekte.

**RANKWEIL** Auf ein erfolgreiches Jahr blicken Walter Rauch (56, VP) als Obmann und Karen Schillig (45) als Geschäftsführerin der Leader-Region Vorderland-Walgau-Bludenz zurück. Die Region wurde im Juni 2015 aus der Taufe gehoben und ist ein Förderprogramm der EU, mit dem innovative Maßnahmen und Projekte im ländlichen Raum unterstützt werden. Laut Rauch geht es auch in Sachen Projekteinreichungen kontinuierlich aufwärts. „Dass das Programm



„Es ist sehr hilfreich, mit EU-Geld unsere gesamte Region stärken zu können.“

Walter Rauch  
Obmann und Bürgermeister

viel Positives in unserer Region bewirkt, zeigt die stolze Anzahl von 31 bewilligten Projekten“, freut sich Rauch, der auch als Bürgermeister in der Kleingemeinde Dünserberg tätig ist.

## Knapp 3,7 Millionen Euro bis 2022

„Diese Projekte profitieren von insgesamt 1,58 Millionen Euro aus EU-Geldern. Schön, dass wir diese Gelder abholen und damit unsere gesamte Region stärken können.“ Die Projekte sind vielfältig: „Region Walgau trifft Schule“ befasst sich mit Themen der regionalen Identität. Die Aussage „Ich bin Walgauer“ gibt es bis dato kaum. Ein zentraler Aspekt des Projekts ist daher die

## LEADER-Region Vorderland-Walgau-Bludenz



Förderung und Stärkung einer gemeinsamen Walgau-Identität. Dabei spielen laut Schillig neben dem familiären Umfeld auch Bildungseinrichtungen eine zentrale Rolle. „Kinder und Jugendliche lernen im Rahmen des Schulunterrichts ihre Region kennen.“

Mit dem Projekt „Gemeindekommunikation im 21. Jahrhundert“ sollen beispielsweise Gemeinden befähigt werden, mit neuer Technologie zu arbeiten, um dem veränderten Kommunikationsverhalten

der Menschen Rechnung zu tragen. „Vermarktungsdrehscheibe Vorderland-Walgau-Bludenz“ heißt ein weiteres Projekt, mit dem die laufenden Aktivitäten im Bereich regionaler Produkte und Vermarktung gekoppelt werden.

Das Angebot von Rauch und Schillig: Wer eine Projektidee hat, kann sich in der Leader-Geschäftsstelle in Rankweil melden. Das Fördervolumen der EU für die Region bis 2022 wird mit knapp 3,7 Millionen Euro beziffert.

**TONY WALSER**  
tony.walser@vn.at  
05572 501-223



## Kommentar

Peter Bußjäger

## Schwierige Baustellen

Manche Kritiker der neuen Bundesregierung haben ihr Herz für den Föderalismus entdeckt und bemängeln die zentralistische Ausrichtung ihres Programms. Tatsächlich sind die Vorhaben im Bereich der Verwaltungsreform jedoch in den meisten Fällen eher

„Die wirklich spannende und noch unbeantwortete Frage ist jedoch: Zu dir oder zu mir?“

unbestimmt und unterscheiden sich wenig von den Ankündigungen vorangegangener Regierungen. Wenn davon die Rede ist, dass die Aufgaben zwischen Bund und Ländern klar verteilt werden sollen, wird diesem Vorhaben niemand ernsthaft widersprechen wollen. Die wirklich spannende und noch unbeantwortete Frage ist jedoch: Zu dir oder zu mir?

Positiv ist, dass sich die Bundesregierung zum Subsidiaritätsprinzip bekennt. Aufgaben sollen also nur dann von der übergeordneten Ebene wahrgenommen werden, wenn sie von Ländern oder Gemeinden nicht hinreichend erfüllt werden können. Leider sind den Redaktoren des Regierungsprogramms fast nur Aufgaben eingefallen, die zentralisiert werden können: Vom Jugendschutz über die Mindestsicherung, das Energierecht bis hin zu den Gebietskrankenkassen. Selbst einen Bundesminister für Bildung, Universitäten und Kindergärten wird es in Zukunft geben, obwohl Kindergärten eigentlich Landes- und Gemeindesache sind. Es ist eben viel leichter, die Angelegenheiten zu nennen, die man gerne

auch noch kontrollieren möchte, als jene, die man abgeben könnte.

Widerspruchsfrei ist das 182 Seiten umfassende Programm nicht: Auf Seite 18 will die Bundesregierung, wie auch von den Landeshauptleuten gefordert, die komplizierte Grundsatzgesetzgebung, mit der zum Beispiel im Spitalswesen, in der Energiewirtschaft und der Jugendfürsorge Kompetenzen zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden, abschaffen. 100 Seiten später will sie ausgerechnet für die Mindestsicherung ein neues Grundsatzgesetz erlassen. An anderer Stelle erfährt man, dass der Denkmalschutz in Zukunft von den Bezirkshauptmannschaften behandelt werden soll, ein paar Seiten später soll das Bundesdenkmalamt „neu aufgestellt“ werden. Was gilt jetzt?

Die schwierigste Baustelle wird wohl die geplante Zusammenlegung der 21 Sozialversicherungsträger zu fünf neuen Organisationen sein. Wenn dies zur Folge hat, dass die Gesundheitsversorgung Vorarlbergs von Wien aus gesteuert wird, bedeutet das eine massive Verschlechterung für unser Land. Aber immerhin will die Bundesregierung mit den Ländern über die konkrete Ausgestaltung der Kompetenzen der regionalen Kassen noch verhandeln. Die Hoffnung, dass es zu einem vernünftigen Ergebnis kommt, sollte man nicht aufgeben.



**PETER BUSSJÄGER**  
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.